

immer noch wesentlich stärker als sein Anteil an der Einwohnerzahl des Reiches. Als besonders verheerend habe sich aber gerade in Sachsen mit seinen durchschnittlichen mittleren und kleinen Betrieben erwiesen, daß als Einkommen auch nur auf dem Papier existierende Gewinne versteuert werden müssen, die in Wahrheit Verluste seien.

Dr. Klien untersuchte im einzelnen alle Ursachen, die zusammengewirkt hatten, um die einst blühende Wirtschaft Sachsens in ihren Grundfesten zu erschüttern, und legte an Hand statistischer Zahlen den gefährvollen Zustand dar, indem sie sich heute befindet. Die Kraft der Unternehmer drohe zu erlahmen, weil sie nicht mehr ein und aus wissen, namentlich, wenn sie deutlich sehen, wie der, der seinen Betrieb zum Bruchteil seines Wertes veräußerte und das Geld auf der Bank anlegte, wesentlich sorgenfreier lebt als der Weiterarbeitende. Ganz besonders ungünstig sei die Lage der an der tschechoslowakischen Grenze gelegenen Landesteile, die noch unter ausländischem Wettbewerb zu leiden haben.

Mit einem Hinweis auf die äußerst bedrohliche Lage der sächsischen Landwirtschaft schloß der Vortragende den ersten Teil seiner Ausführungen, um dann die Frage zu beantworten, was bisher geschehen sei, um diese auch für das Reich gefährliche Entwicklung aufzuhalten. Alle Maßnahmen, die bisher von den Landes- und Reichsstellen unternommen wurden, um die nachteiligen Auswirkungen von der sächsischen Wirtschaft fernzuhalten, genügten nicht. Was noch zu tun sei, gehe aber größtenteils über die Kraft Sachsens allein hinaus. Der Zweck der Tagung solle sein, vom Reich wirklichere Hilfe zu erlangen. Vor allem gelte es, Arbeit zu schaffen, wie es der

SOS-Ruf der sächsischen Industriellen

heute aller Welt verkünde.

Dr. Klien erörterte in diesem Zusammenhange eingehend das vielbesprochene Kapitel der Reichsaufträge und der Benachteiligung Sachsens hierbei und fand warme Worte für die besonderen Bedürfnisse des in die Grenzmark hineinreichenden Zwickauer Steinlohlenbezirks, eines Bezirkes, der gegenwärtig 20 000 Arbeiter beschäftigt. Neben einem Eingreifen der Bank für öffentliche Bauten verlangte er mehr Berücksichtigung der sächsischen Exportindustrie bei den Handelsverträgen und unterstrich in diesem Zusammenhange die besondere Bedeutung der jüngsten deutsch-französischen Verhandlungen über die Neugestaltung der Baumwollstrumpfpföle. Das Auswärtige Amt müsse den sächsischen Interessen auf den Auslandsmärkten mehr Interesse zuwenden, z. B. Absatz für die Textilindustrie schaffen. Eine wirkliche Förderung der Ausfuhr wäre auch zu erwarten, wenn man von den Reichsstellen aus die Leipziger Messe mehr unterstützen würde, wo immer noch ein Viertel aller Aussteller sächsische Unternehmer seien.

Unter Hinweis auf die Erfahrungen von 1923 unterstrich Dr. Klien die schweren politischen Gefahren einer solchen Wirtschaftsnot in so engen Verhältnissen, wo sich der Radikalismus potenzierte und die Lehren des Ostens wie eine Religion Eingang fänden.

Die beste Bekämpfung der Arbeitslosigkeit sei die Erleichterung der Tributlasten sowie Verminderung der Steuern und sonstigen Lasten. Erreiche man jenes noch nicht so schnell, so dürfe man dieses doch nicht unterlassen.

„Ihr Besuch, Herr Reichskanzler, gibt uns die Zuversicht und das Vertrauen, daß Sie helfen und Sachsen die Arbeit geben werden, die unsere sächsische Wirtschaft braucht, um zu bleiben, was sie immer war: Das gesunde Herz der Wirtschaft unseres deutschen Vaterlandes.“

Am Schluß seines Referates ermahnte Dr. Klien die Industriellen, daß der auf der Tagung zum Ausdruck kommende Wille der Landesbehörde und, wie er hoffe, auch der Reichsregierung, zu helfen, nicht der Anlaß sein dürfe, daß die Unternehmer in ihrer Initiative nachlassen. Möge die Sitzung dazu beitragen, den bei einzelnen ins Bankrott gekommenen Glauben an einen Wiederaufstieg zu festigen. Was die sächsische Regierung tun könne, werde geschehen. Auch das Reich wird nicht stützen lassen wollen, was in Sachsen in jahrzehntelanger Arbeit mühsam aufgebaut wurde.

Nach Ministerialdirektor Dr. Klien nahm, mit großem Beifall begrüßt.

Reichskanzler Dr. Brüning

das Wort zu einer eindrucksvollen Rede über die wirtschaftliche Lage und die Pläne der Regierung. Ausgehend von der Weltwirtschaftskrise führte er u. a. aus:

In der Forderung einer Herabsetzung der Tributlasten sei sich das ganze deutsche Volk einig. Aber es wäre falsch, wenn man alles Heil von der unbedingt notwendigen Minderung der Tributlasten erwartete; auch wenn das deutsche Volk die Tributlasten nicht zu tragen hätte, müßten die Fehler der Vergangenheit wieder gutgemacht werden, und wenn man der deutschen Wirtschaft helfen wolle, so müsse man von dieser Wahrheit ausgehen. Es sei notwendig, daß Deutschland sich dafür wirtschaftlich rüfte.

In dem Tempo, so betonte Reichskanzler Brüning, in dem es gelinge, die wirtschaftlichen und finanziellen Sanierungsbestrebungen zum Erfolge zu führen, könnten wir auch außenpolitisch wieder freier, aktiver und erfolgreicher auftreten. Die Selbstkosten der Industrie müßten weiter gesenkt werden, damit die deutsche Wirtschaft unter allen Umständen rechtzeitig den Anschluß an den Weltmarkt erhalte. Dies gelte ganz besonders für die sächsische Exportindustrie.

Reichskanzler Brüning führte dann weiter aus, daß auch andere größere Länder zweifellos im Tempo und Ausmaß der Rationalisierung der Landwirtschaft und Industrie den Bedürfnissen vorausgeeilt seien. Auf diese übertriebene Rationalisierung sei auch ein Teil der heutigen großen Wohlfahrtslasten zurückzuführen und der Saldo der Rationalisierung sei nicht befriedigend.

Bezüglich des notwendigen Reformwerkes der Regierung erklärte der Reichskanzler, daß der Regierung leider die Menge von zur Verfügung stehenden Kassenreserven fehle, um in einigen Monaten bereits Steuerermäßigungen der Wirtschaft zu bringen. In diesem Zusammenhang erwähnte er auch die Notwendigkeit einer systematischen Verwaltungsreform, von

der man jedoch nicht erwarten dürfe, daß sie nach Durchführung etwa Ersparnisse in zirka ein oder zwei Jahren bringen werde. Das Maximum der durch sie eintretenden Ersparnisse würde man erst in zehn Jahren zu spüren bekommen. Aufgabe der gegenwärtigen Regierung sei es, unpopuläre Ein- und Durchschnitte zu machen, und mehr denn je gelte heute der Grundsatz, mit wenig Geld möglichst viel zu erreichen.

Zum Schluß forderte der Kanzler, daß sich alle Berufsgruppen unter Hintanstellung ihrer Sonderinteressen auf einer gemeinsamen großen Linie zusammenfinden mögen.

Es folgten dann Spezialberichte über die wichtigsten Ursachen der Not in Sachsen. Sie wurden durch Ausführungen des als Sachkenner weitbekanntem Geheimrats Dr. von Loeben von der Direktion der Girozentrale Sachsen über die „Kreditlage des Landes“ und das Problem „Sachsen-Berlin“ eingeleitet. In Berlin müsse man in mehr brüderlichem Geiste an diese Probleme herangehen. Georg Stöhr, Leiter der Firma Stöhr & Co. in Leipzig, erörterte die Ursachen der steuerlichen Ueberbürdung der Industrie unter besonderer Berücksichtigung der sächsischen Verhältnisse. Ueber die Lohnfrage sprach Stadtrat Köhler von der Firma Julius Köhler in Limbach. Er forderte vor allem eine Senkung aller Ueberbelastungen der Wirtschaft, die auch vor den Löhnen und sozialen Abgaben nicht halt machen dürfe. Die frachtliche Benachteiligung Sachsens durch die Reichsbahntarife usw. legte Robert Wagner von der Firma Robert Wagner in Chemnitz dar. Im Anschluß hieran wurde von Kommerzienrat Doehner von der Firma W. A. Doehner & Sohn in Chemnitz über die schweren Folgen der von der Reichsregierung zu Lasten der Textilindustrie gemachten handelspolitischen Konzeptionen berichtet. Endlich ergänzten Kommerzienrat Andreae und Direktor Zimmermann-Zittau die Reihe der Vorträge noch durch eindrucksvolle Schilderungen der Notlage der Industrie in Westsachsen und in Ostsachsen.

In seinem Schlußwort unterstrich der Verbandsvorsitzende Wittke noch einmal den entschlossenen Willen zum Durchhalten. Leider hänge aber das Wesentliche und Entscheidende von anderen Gewalten ab. Es sei nach seiner festen Ueberzeugung möglich, die wirtschaftliche Lage Sachsens zum Besseren zu wenden. Noch gelten die Gesetze der sogenannten kapitalistischen Individualwirtschaft. Hülfe man ihnen wieder zur Beachtung, so würden Wirtschaft und Staat wieder gedeihen. Die Massen müssen, so schloß der Redner, satt werden durch die kapitalistische Wirtschaft, nachdem sie durch sozialistische Wirtschaft flug geworden seien. Wir warnen vor denen, die den Stein der Weisen anpreisen. Mit schweren Opfern haben wir die Inflation überunden und eine neue Währung aufgebaut, die wir erhalten wollen. Wir verlangen vom Staat kein Arbeitsbeschaffungsprogramm, überhaupt keine Schlagworte, sondern die endliche Befestigung all der aufgezählten Hindernisse, die unsere Arbeit erschweren.

Sachsen, das seit Jahrhunderten für Deutschland arbeitet, muß weiter arbeiten, wenn das Reich bestehen soll.

Mit Dankesworten schloß der Vorsitzende die Versammlung.

Vor dem eindringlichen Appell des Vorsitzenden des Verbandes an die Öffentlichkeit und die Regierungen und Parlamente übermittelte der stellvertretende Vorsitzende, Abraham Froewin, die Grüße des Reichsverbandes der deutschen Industrie. Auf dem Boden der kapitalistischen Wirtschaftsordnung müsse alles zur Erhaltung des selbständigen Unternehmertums bzw. des industriellen Mittelstandes getan werden. Froewin hob hervor, daß es ohne die wirtschaftspolitischen Sünden der Vergangenheit heute dem deutschen Volk besser gehen würde. Wenn auch eine gewisse Einsicht bei den verantwortlichen Stellen sich zeige, so sei doch die so notwendige grundlegende Umorganisation auf dem Gebiete der Finanz- und Wirtschaftspolitik noch nicht da. Gegen die Methode der „eisernen Keule“ in der Preisbildungsfrage wandle sich Froewin deswegen besonders scharf, weil mit dieser Maßnahme die Gefahr einer Erschütterung gerade des industriellen Mittelstandes hervorgerufen wird.

Auch der Generaldirektor der Vereinigten Stahlwerke, Dr. Boensgen, ergriff namens der von ihm vertretenen rheinisch-westfälischen Kohlen- und Eisenindustrie das Wort. Er betonte, daß alle mit gleichen Mitteln gegen die Not ankämpfen müßten, da alle, die Rohstoffe und verarbeitende Industrie, das gleiche wünschten: Nämlich Senkung der Selbstkosten und Steigerung des Absatzes. Der Hauptgrund der Arbeitslosigkeit liege aber in den Eingriffen der Behörden in die Führung der Betriebe und in dem Tarifwesen. Dr. Boensgen nahm für die Eisenindustrie in Anspruch, daß sie eine mächtige Preispolitik betrieben habe.

Keine Zwischenfälle beim Besuch des Reichskanzlers

Reichskanzler Dr. Brüning traf Freitagnachmittag 12,02 Uhr mit dem fuhrplanmäßigen Zug von Berlin hier ein. Besondere Zwischenfälle haben sich während des Aufenthalts des Kanzlers nicht ereignet; es konnte jedoch nicht verhindert werden, daß bei der Ankunft innerhalb des Bahnhofsgeländes einige Schreier „Nieder“-Rufe zum Ausdruck brachten. Der Kanzler hat um 4,28 Uhr mit einem Sonderzug Chemnitz wieder verlassen.

Kurzschluß in Genf?

Rückwirkungen der französischen Kabinettskrise.

Dr. Curtius hatte Freitag vormittag eine Besprechung mit dem britischen Außenminister Henderson, mit dem er die Abwicklung der noch nicht erledigten Punkte der Tagesordnung des Rates besprach. Durch die französische Ministerkrise ist für die weitere Abwicklung des Ratsprogramms eine gewisse Unsicherheit eingetreten, und bei der bekannten Neigung des Völkerbundsrats, heikle Fragen zu verschleppen, erscheint es nicht ausgeschlossen, daß man die französische Krise zum Vorwand nimmt, um die Erledigung der obersteilischen Frage auf eine spätere Zeit zu verlagern.

Dies würde nicht nur den Wünschen Frankreichs und Polens entsprechen, sondern auch dem mehr persönlichen

Wunsche Hendersons, spätestens am Sonntag nach London zurückkehren zu können. Tatsächlich verlautet auch gerade aus englischen Kreisen, daß erwogen wird, mit den Arbeiten der Ratsstagung jetzt vorläufig abzuschließen und die endgültige Regelung der noch offenen Fragen einer in kürzester Frist einzuberufenden außerordentlichen Ratsstagung zu übertragen.

Kagenjammer in Warschau.

Nachdem die polnische Regierungspresse zunächst triumphierend von einer Niederlage des Reichsaußenministers Dr. Curtius gesprochen hatte, ist jetzt ein völliger Rückschlag eingetreten. So meldet das Regierungsblatt „Gazeta Polska“ aus Genf im Gegensatz zu seinem ersten optimistischen Bericht, daß die polnische Delegation gerade im allerwichtigsten Endstadium große Schwierigkeiten zu überwinden haben werde.

Der zionistische „Nasz Przeglond“ schreibt, daß alle Privat- und Sonderberichte über eine diplomatische Niederlage Deutschlands in der obersteilischen Angelegenheit durchaus unzutreffend seien. Die Eingabe des Volksbundes sei ja vom Sekretariat des Rates als dringend bezeichnet worden, was die Bedeutung habe, daß man sie, ohne auf die polnischen Aufklärungen zu warten, auf die Tagesordnung gesetzt habe. Das Auftreten von Dr. Curtius, der im Rahmen der Minderheitsprozedur verblieb, habe sowohl für Polen als auch für den ganzen Rat eine überaus heikle Lage geschaffen. Minister Jaleski habe sich jedoch eine gewisse „Manövrierfreiheit“ dadurch errungen, daß er sofort gewisse Punkte der Eingabe des Volksbundes angenommen und die Bestrafung der Schuldigen sowie die Gewährung von Entschädigungen angeht habe.

Das alles klingt nicht mehr sehr zuversichtlich, und man gewinnt den Eindruck, daß es der polnischen Regierung nicht unwillkommen wäre, wenn man vor Erledigung der obersteilischen Frage in Genf Kurzschluß machen könnte. Die französische Kabinettskrise kommt daher sehr gelegen. In Paris hat man für solche Dinge schon wiederholt einen sehr feinen Riecher gehabt.

Was Frankreich fürchtet.

Stimmungsmache gegen einen amerikanischen Abrüstungspräsidenten.

Der Außenpolitiker des „Echo de Paris“ in Genf beschäftigt sich mit der Frage des Vorschlags der Abrüstungskonferenz, besonders mit dem Vorschlag, diesen Vorschlag einem Amerikaner anzubieten. Er schreibt, es sei nicht wünschenswert, daß ein amerikanischer Präsident in Tätigkeit trete.

Wenn ein solcher amerikanischer Vorsitzender nicht einen ziemlich schwachen Charakter haben werde, bestehe die Gefahr, daß er die Rolle eines Schiedsrichters spielen werde. Gestützt auf die öffentliche Meinung in Amerika wäre er sogar in der Lage, viele Widerstände zu brechen. Außerdem wäre zu befürchten, daß der größte Teil der öffentlichen Meinung in Amerika in der Abrüstungsfrage für die Gleichheit der militärischen Rüstungen in Frankreich, Deutschland und Italien sei und die Revision der militärischen Bestimmungen der Friedensverträge begünstigen würde.

Außerdem wäre es ein ziemlich schlechtes Beispiel, wenn ein Land wie Amerika, das sich weigere, seinen Anteil an internationaler Verantwortung gegen einen etwaigen Angreifer zu übernehmen, das jede Aufstellung eines Kollektivverteidigungssystems durch seine Doktrin von der Freiheit der Meere unmöglich mache und das bestenfalls das Sicherheitsproblem von seinem Standpunkt der Isolierung aus nur als einen gänzlich illusorischen und schlechten Plan betrachte, innerhalb der Abrüstungskonferenz eine so machtvolle Stelle erhalten sollte.

Der Termin der Abrüstungskonferenz.

2. Februar 1932 in Genf.

Der Völkerbundsrat setzte am Freitagnachmittag in geheimer Sitzung den 2. Februar 1932 als Termin für die Abrüstungskonferenz fest. Als Konferenzort hat er Genf bestimmt.

Der Präsident soll nicht durch die Konferenz, sondern durch den Völkerbundsrat ernannt werden. Da diese Frage aber noch nicht geklärt ist, wurde die Wahl auf die Waiatagung verschoben.

Die Abrüstungskonferenz soll im Anschluß an die Januartagung des Völkerbundsrats stattfinden, deren Beginn auf den 25. Januar festgesetzt wurde.

Zugeständnisse Jaleskis?

Genf, 24. Januar.

Die Bemühungen des Berichterstatters über die obersteilischen Minderheitsfragen, dem Rate einen Bericht über die deutschen Beschwerden vorzulegen, der die Zustimmung aller Ratsmitglieder findet, sind noch im Gange. Aus der Umgebung des britischen Außenministers Henderson verlautet, daß dieser ziemlich optimistisch gestimmt sei, und daß er gestern Abend die Meinung geäußert habe, es werde wahrscheinlich möglich sein, sogar schon heute den Bericht dem Rate vorzulegen.

Man hörte gestern Abend aus Völkerbundskreisen, daß der polnische Außenminister sich bereits im Laufe des gestrigen Tages nach langen schwierigen Verhandlungen bereitgefunden habe, vor dem Rate wesentlichen deutschen Forderungen zu genügen. Er sei bereit, daß in dem Bericht eine ausdrückliche Feststellung erfolgt, daß Polen „in Einzelfällen“ die Artikel 75 und 83 der Genfer Konvention verletzt habe und daß der Rat hierfür seine Mißbilligung ausdrückt. Weiter soll Jaleski sich bereitgefunden haben, dem Rat auf der Mai-Tagung zu berichten, was gegen die schuldigen Personen unternommen worden ist. Schließlich wolle er keine Einwendungen erheben, wenn der Rat verlange, daß die polnische Regierung die Zusage geben müsse, auf „private Organisationen“ — Jaleski betrachtet den Aufständischenverband als solche Organisation — einzuwirken, daß sie sich solcher Handlungen, wie sie den Aufständischen zur Last gelegt werden, enthalten.

Dies soll das Ergebnis der gestrigen Verhandlungen gewesen sein. Die Verhandlungen sind aber, wie bereits erwähnt, noch nicht abgeschlossen.